

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2022

29. Juli 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

wieder ist ein stark von Corona gezeichnetes Schuljahr zu Ende gegangen. Die Pandemie ist immer noch nicht vorbei, die Infektionszahlen sind immer noch sehr hoch. Die Schülerinnen und Schüler sind froh, die vergangenen Monate wieder in einen einigermaßen „normalen“ Schullalltag gefunden zu haben. Sie scheinen inzwischen gut mit der Situation zurechtzukommen. Das nicht zuletzt, weil unsere Lehrkräfte und Schulleitungen Großes geleistet haben, um auch dieses Schuljahr trotz aller Widrigkeiten zu einem passablen Abschluss zu bringen. Ihnen allen sei eine schöne und erholsame Sommerpause gegönnt, denn im Herbst werden wir voraussichtlich mit einer weiteren Welle sicher wieder vor großen Herausforderungen stehen. Dem Kultusministerium und auch dem Sozialministerium sei es jedoch gut angeraten, diesen Sommer endlich zu nutzen, um tragfähige Konzepte für den kommenden Herbst zu erarbeiten.

Denn zu Corona wird ein weiteres und nicht geringeres Problem hinzukommen. Die Energiekrise wird sich auch in unseren Schulen niederschlagen. Und hier darf es nicht sein, dass Schulen wieder geschlossen werden. Dieses Mal vielleicht nicht aufgrund der Pandemie, sondern weil die Heizkosten zu hoch sind. Es dürfen nicht wieder Kinder und Jugendliche und damit ganze Familien sein, die hier die Hauptleidtragenden sind. Auch dafür muss die Landesregierung rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen treffen.

In den letzten Tagen vor der parlamentarischen Sommerpause stand vor allem der kommende Doppelhaushalt im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Die von Grün-Schwarz in dieser Woche in der Haushaltskommission getroffenen Etatbeschlüsse für 2023/2024 konsolidieren die Politik der Landesregierung der vergangenen Jahre: Wichtige, aber

durchaus konfliktreiche Themen werden vor sich hergeschoben, aber auf Mehrausgaben kann man sich sehr schnell einigen. Dabei vermisste ich deutliche Signale zum Bildungsausbau und für landeseigene Entlastungspakete für Menschen mit geringerem Einkommen. In den bekannt gewordenen Vereinbarungen ist nichts darüber zu finden, wie unsere Schulen und Kitas gestärkt werden sollen. Und das in einer Zeit, in der der Unterrichtsausfall und die Belastung der Lehrkräfte so hoch sind wie noch nie in der Geschichte des Landes. Unsere Kitas stehen wegen Personalmangels am Rande des Kollaps⁴. Auch hat die Landesregierung kein Wort darüber verloren, wie Bürgerinnen und Bürger mit kleinem Geldbeutel entlastet werden können. Für viele sind die gestiegenen und wahrscheinlich weiter steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten ein akutes Armutsrisiko. Niemand darf im Winter frieren oder aus seiner Wohnung gekündigt werden, weil er die Nebenkostenrechnung nicht mehr bezahlen kann. Deswegen fordert die SPD neben den Entlastungsmaßnahmen des Bundes ein eigenes Energiegeld für Baden-Württemberg für bedürftige Menschen.

Auch zur Wohnungsnot im Land liefert Grün-Schwarz einmal mehr keine Antworten. Dabei ist dieses Thema schon lange virulent und es wurde eigens dafür ein neues Ministerium aus dem Boden gestampft. Interessant ist, dass die Landesregierung nun endlich auch an die beachtlichen Rücklagen und Haushaltsreste geht. Seit Wochen weisen wir immer wieder darauf hin, dass es dem Land keinesfalls an finanziellen Möglichkeiten mangelt. Es ist nach wie vor der Gestaltungswille, der der Landesregierung hier fehlt. Wenn im Herbst die Haushaltsberatungen beginnen, werden wir als Opposition darauf drängen, dass Grün-Schwarz seiner Verantwortung für das Land und die Menschen gerecht wird.

Für die kommenden Wochen wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden eine gute und hoffentlich entspannte Zeit. Genießt die inzwischen auch auf der Ostalb warmen Tage und - wenn Ihr habt - Euren Urlaub. Und natürlich wünsche ich wie immer eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Fraktionsklausur in Berlin

In der Klausur vom 4. bis 7. Juli in Berlin hat die SPD-Landtagsfraktion um ein gemeinsames Handeln von Bund und Land geworben.

Ein Schwerpunkt war dabei der Austausch mit der Bundespolitik bis hin zu einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Kanzleramt. Weitere Gesprächspartner waren u.a. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, SPD-Bundesvorsitzender Lars Klingbeil, Staatsministerin Sarah Ryglewski sowie die MdBs der baden-württembergischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und Wirtschaftsstaatssekretärin Dr. Franziska Brantner von den Grünen. In gemeinsamer Abstimmung haben wir Vorschläge und Forderungen auf den Weg gebracht, die die Landespolitik betreffen. Neben den bereits von der Bundesregierung getroffenen Entlastungen muss es weitere Hilfen geben, insbesondere für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen:

- **Monatlicher Zuschlag zum Arbeitslosengeld II** 100 Euro für ein Jahr, auch für Berechtigte in der Sozialhilfe und im Asylbewerberleistungsgesetz sowie für Bezieher des Grundrentenzuschlags
- **Verzicht auf Zwangsräumungen** von Mietwohnungen ab Oktober 2022 und ein gesetzliches Verbot von Energiesperren über die Wintersaison.
- **Deckelung des Gaspreises** für private Haushalte auf 7,5 Cent/kWh bis zu einem Verbrauch von 8000 kWh (Jahresverbrauch eines üblichen Haushalts), Mehrpersonen-Haushalte erhalten einen anteilig höheren Sockelbetrag für den Grundverbrauch.
- **Energiegeld** für Bezieher von Wohngeld, Kinderzuschlag oder BAföG von 440 Euro (12×20 Euro für Stromkosten + 4×50 Euro für saisonale Heizkosten, Auszahlung im Januar 2023)

Auch eine bessere Corona-Vorsorge in Baden-Württemberg im Herbst, die Verhinderung von Mietwucher, die Stärkung der Studierenden nach der Pandemie, der Ausbau der digitalen Lehre und mehr Gleichstellung an den Hochschulen sowie die anstehenden Beratungen für den kommenden Doppelhaushalt standen u.a. auf der Agenda der Sommerklausur. [Mehr Infos dazu.](#)



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Keine Lehrkräfte im Sommer entlassen!

In seiner 44. Sitzung am 21. Juli diskutierte der Landtag über den Antrag der SPD, keine Lehrkräfte mehr über die Sommerferien zu entlassen, um die Personalsituation an den Schulen nicht noch weiter zu verschärfen. In diesem Jahr gehen 4000 Lehrkräfte im Land arbeitslos in die Sommerferien.

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Stefan Fulst-Blei** zitiert viele Kommentare, die die Fraktion in den letzten Wochen erreicht haben: „Es sei eine Schande, was hier mit den Lehrkräften getrieben wird. Das Signal sei verheerend und soziale Verantwortung suche man beim Land vergeblich. Für die wenig erfolgreiche Kampagne „The Länd“ seien 21 Millionen Euro ausgegeben worden, aber knapp 15 Millionen Euro, um dringend gebrauchte Lehrkräfte über den Sommer zu bezahlen, seien der Landesregierung zu viel.“

Die SPD fordert, diese unsägliche Praxis endlich zu beenden. Das sei nicht nur eine Demütigung der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, sondern vertriebe auch dringend gebrauchtes Lehrpersonal. Gerade in den Grenzregionen koste uns das jedes Jahr gut ausgebildete Pädagogen. Und das vor dem Hintergrund, dass der Ministerpräsident jüngst Teilzeitkräfte und angehende Pensionäre in einem Schreiben aufgefordert habe, länger zu arbeiten. Fulst-Blei fragt, ob sich die Landesregierung bewusst sei, welchen Eindruck das auf potentielle neue Lehrkräfte macht? Dabei hätten die Grünen in ihrem Wahlprogramm versprochen, befristet eingestellte Lehrkräfte über die Sommerferien weiter zu bezahlen, wenn klar sei, dass sie im kommenden Schuljahr wieder eingestellt würden. Die CDU habe in ihrem Regierungsprogramm die Aufwertung der Lehrberufe angekündigt. Auch Kultusministerin Schopper selbst versprach, diese Praxis zu beenden. Doch Grüne und CDU hätten es innerhalb eines Jahres geschafft, die Glaubwürdigkeit ihrer Kultusministerin nachhaltig zu beschädigen. Die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen sei bereits zu Schuljahresbeginn voll auf Kante genäht. Die genehmigten Stellen für Krankheitsvertretung reichten bei Weitem nicht aus. Die Leidtragenden seien die Schulen, die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte. „Diese Politik ist verantwortungslos und unsozial“, kritisiert Fulst-Blei die Landesregierung und fordert das Parlament auf, dem Antrag der SPD zuzustimmen, diese Praxis der Kündigung von Lehrkräften über die Sommerferien endlich zu beenden.

Über den Antrag [DS 17/2597](#) wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit den Stimmen von Grünen und CDU mehrheitlich abgelehnt.

Ausbildung zur Pflegeassistentkraft

In der 44. Sitzung hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf in Erster Lesung eingebracht, in dem sie die Reform der bisherigen Pflegehelferausbildung im Land und damit die Einführung einer zweijährigen generalistischen Ausbildung zur Pflegeassistentkraft fordert.

Auszug aus der Rede von **Florian Wahl**, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Wenn im Herbst erneut eine Coronawelle ansteht, werden wir wieder über die Kapazitäten in unseren Kliniken sprechen und diese werden wieder nicht ausreichen. Doch sind es weder die Betten, noch das technische Gerät, was fehlen wird, sondern die Pflegekräfte. Auch in der Altenpflege wird weiter massiv Personal fehlen. Allein bis 2030 wird die Zahl der Menschen, die auf einen Pflegeheimplatz angewiesen sind, um 17 Prozent steigen. Aktuell können bereits 10 Prozent der Pflegeheimplätze nicht belegt werden, weil Personal fehlt. Der Mangel ist akut und bittere Realität für die Menschen, die tagtäglich darauf angewiesen sind.“

Der Bundestag hat 2017 eine Reform der Pflegeberufe verabschiedet, um die Situation in der Pflege zu verbessern. Seit 2020 gibt es bundesweit die generalistische Pflegeausbildung, die Fachkräfte der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zusammenführt. Das ist Bundessache. Doch diese Fachkräfte werden unterstützt von Hilfskräften. Und deren Ausbildung ist Ländersache. Doch was hat die Landesregierung hier getan? Sie haben es verschlafen, die bisherige Helferausbildung entsprechend zu reformieren. Das ist ein großes Problem, denn das Berufsbild und die Systeme passen nicht mehr zusammen. Man kann nach der einjährigen Helferausbildung nicht mehr wie bisher ins zweite Jahr der Fachkraftausbildung einsteigen. Auch werden die Pflegeprozesse immer komplexer und eine einjährige Ausbildung wird dem nicht mehr gerecht. Vor 2020 hat jede zweite Fachkraft im Land zuvor eine Helferausbildung absolviert. Jetzt gibt es hier einen kompletten Strömungsabriss. Die Helferklassen sind leer und kommen teilweise überhaupt nicht mehr zustande. Die Landesregierung hat bis heute kein Konzept. Deswegen haben wir uns hingesetzt und die Arbeit der Landesregierung gemacht. Wir legen heute diesen Gesetzentwurf vor, um die Helferausbildung zu generalisieren und aufzuwerten, und so wieder eine Durchlässigkeit von der Helferausbildung über die Fachkraftausbildung bis hin zum Bachelor oder Master herzustellen. Damit geben wir den Menschen in Pflegeberufen wieder eine Perspektive.

Der Gesetzentwurf [DS 17/2752](#) wurde zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

Rückzahlung 9Euro-Ticket

In der 41. Sitzung des Landtags am 23. Juni fragte die SPD im Rahmen einer Aktuellen Debatte nach dem sozialen Gewissen der Landesregierung. Diese forderte die Jobcenter auf, die Mehrerstattung von ÖPNV-Kosten an Bezieher von Hartz IV, die über die Erstattung des 9Euro-Tickets hinausgehen, zurückzufordern.

Auszug aus meiner Rede: „Der Krieg in der Ukraine belastet auch viele Menschen hier. Die Energiepreise steigen und die Inflation ist hoch. Das wird für immer mehr Menschen im Land zu einem ganz konkreten Problem. Menschen, die schon vor Coronakrise und Ukrainekrieg am Ende des Monats jeden Cent umdrehen mussten. Die Bundesregierung hat sich entschieden, diese Menschen zu unterstützen, und Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro beschlossen. Ein Baustein davon ist das 9Euro-Ticket, weil es gerade auch Menschen hilft, die sich kein Auto leisten können. Das bringt eine signifikante finanzielle Entlastung und setzt gleichzeitig einen Anreiz, Treibstoff zu sparen, was uns hilft, energieunabhängiger zu werden und gleichzeitig CO²-Emissionen zu reduzieren. Das 9Euro-Ticket klappt und wir sollten diesen Effekt nicht einfach versickern lassen, sondern eine Anschlusslösung finden.“

Doch jetzt haben wir eine Debatte im Land, ob die Jobcenter von Menschen, die Hartz IV beziehen, Geld zurückfordern sollen. Denn die Erstattung für den ÖPNV, speziell für die Schülerbeförderung, waren ein paar Euro mehr als die neun Euro, die man in diesem Sommer für das 9Euro-Ticket braucht. Das Wirtschafts- und das Sozialministerium haben auf Anfrage des Landkreistages mitgeteilt, dass man im Zweifel dieses Geld wieder zurückfordern soll. Wer so etwas tut, hat die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht verstanden. Wie abwegig müssen Menschen denken, die das in Erwägung ziehen? Eine Rückforderung, deren bürokratischer Aufwand teils über den Beträgen liegt, um die es geht, ist das eine. Das andere ist eine Rückforderung gegen die ausdrückliche Klarstellung der Bundesregierung. Bundesminister Hubertus Heil hat klar gesagt, dass es hier keine Rückforderung geben soll. Auch für andere Bundesländer kommt das nicht infrage. Diese Rückforderung ist sozialpolitisch ein Unding. Wir haben eine Bundesregierung, die die Menschen entlasten will, und sie wollen diesen Menschen dieses Geld wieder wegnehmen? Das ist purer Zynismus! Ich möchte, dass die Landesregierung diese Debatte nutzt, um sich zu erklären und den Irrsinn der Rückforderungen sofort stoppt. Wo ist Ihr soziales Gewissen?“

Aus dem Wahlkreis

Besuch KiKu im Heidenheimer Kunstmuseum



Von links: Kursleiterin Johanna Senoner, Aliyah Guma und Rike Hänisch jeweils neben ihren Porträts und dessen Modell in der Mitte sowie Bürgermeisterin Simone Maiwald als Vorsitzende des KiKu-Vereins

Schon im vergangenen Jahr hatte ich versprochen, den Heidenheimer Verein Kinder und Kunst (KiKu) im Kunstmuseum zu besuchen und dort meine Porträts abzuholen, die im Rahmen der landesweiten Aktion der Kunstschulen „Wie wir Euch sehen“ angefertigt und in einer Ausstellung im vergangenen November im Foyer des Stuttgarter Landtags präsentiert wurden. Das hatte Corona leider bisher verhindert. Vor der Übergabe der Bilder durch die Vereinsvorsitzende Bürgermeisterin Simone Maiwald und Museumsleiter Marco Hompes durfte ich in einen Papiererschöpfkurs von Johanna Senoner reinschnuppern, die ihr Kunsthandwerk in ihrer Heimat Südtirol erlernt hat und bereits seit 1998 beim KiKu tätig ist. Sie hatte auch den Kurs geleitet, in dem die Politiker-Porträts entstanden sind.

Im Gespräch mit KiKu-Geschäftsführerin Jane Marsen erhielt ich einen Einblick in das vielfältige und interessante Angebot des gemeinnützigen Vereins, der auch die museumspädagogische Arbeit des Heidenheimer Kunstmuseums übernimmt. Seit 1985 werden dort Generationen von Kindern in die Welt der Kunst eingeführt und können lernen, sich künstlerisch auszudrücken. Kunst gehört für mich unbedingt zu einer guten Bildung dazu. Das war mir auch als Kultusminister immens wichtig. Denn wenn Kinder ihre künstlerische Ader entdecken, lernen sie nicht nur, Neues zu schaffen, Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Sie lernen auch zu sehen, zu empfinden, zu fühlen. Hier bei KiKu finden sie einen tollen kreativen Freiraum und professionelle Anleitung, um sich künstlerisch zu verwirklichen.

Den beiden jungen Künstlerinnen Rike Hänisch und Aliyah Guma danke ich für die gelungenen Porträts mit einem Büchergutschein. Dem Verein überreichte ich eine Spende und wünschte viel Erfolg und allseitige Unterstützung für die tolle und wichtige Arbeit.

Besuch der Königin-Olga-Schule

Im Rahmen der Aktion „Tag der Freien Schulen“ besuchte ich die Königin-Olga-Schule, ein privates Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) mit Internat. Gesina Wilfert, Leiterin SBBZ Königin-Olga-Schule und Geschäftsbereichsleitung Nikolauspflüge Heidenheim, und Andreas Pfisterer, Leiter Wohnen und tagesstrukturierende Maßnahmen, gaben mit einen Überblick über ihre Arbeit und die derzeitige Situation, vor allem durch die Auswirkungen der Pandemie. Mit den Hygienemaßnahmen sei man gut zurechtgekommen, denn es habe bereits vorher ein ausgefeiltes Hygienekonzept gegeben. Schwierig war allerdings die Isolierung von Kindern mit besonderem Bedarf. Beklagt wurde die extreme Kurzfristigkeit, mit der Vorgaben vom Regierungspräsidium kamen. Auch der Fachkräftemangel im sonderpädagogischen und heilerzieherischen Bereich sei deutlich spürbar. Gerade der Schichtbetrieb im Internat sei problematisch für viele junge Fachkräfte, weil die Kinderbetreuung fehle. Hier betonte ich, wie wichtig eine ganztägige und gebührenfreie frühkindliche Bildung sei. Als private Schule erhält die SBBZ keine Mittel für Schulsozialarbeit, obwohl sie staatliche Aufgaben übernimmt. Hier besteht politischer Handlungsbedarf.

Die Königin-Olga-Schule verzeichnet nach Auskunft der Schulleitung insgesamt eine konstante Entwicklung der Schülerzahlen im Schul- und Internatsbereich und hat einen überregionalen Einzugsbereich. Kernthema sind Kinder mit Sehbehinderungen und Blindheit, doch oft liegen komplexe Bedarfssituationen vor. 70 Schülerinnen und Schüler werden derzeit unterrichtet, davon sind 18 im Internat, weitere sechs Internatsschüler kommen von der Pistoriusschule in den idyllisch gelegenen Rauhbuch.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de